

## Zeitenwende? Aber nur mit Frankreich!

Stefan Seidendorf

Seit Olaf Scholz' Rede von der „Zeitenwende“ zeigt sich: Die beschriebenen Herausforderungen setzen die europäische Politik gehörig unter Druck. Sie wirken sich nicht zuletzt auf das deutsch-französische Verhältnis aus. Am 19. Oktober wurde der „Deutsch-Französische Ministerrat“ verschoben, eines der in den bilateralen Grundlagenverträgen vorgesehenen regelmäßigen Konsultationsinstrumente. Insbesondere der Elysée-Vertrag von 1963 steht dabei für die Aussöhnung der beiden Länder. Gleichzeitig definiert er bis heute den politischen Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit. Die Verschiebung oder gar Absage eines Treffens in diesem Rahmen ist also nicht bedeutungslos. Ebenso sollte Emmanuel Macrons Statement beim EU-Gipfel in Brüssel am 20. Oktober aufhorchen lassen: „Es ist weder für Deutschland, noch für Europa gut, wenn Deutschland sich isoliert“. Ohne dem Gehalt dieser Aussage auf den Grund gehen zu wollen, ist es im deutsch-französischen Verhältnis zentral, die Sichtweise des Partners zu verstehen, anzuerkennen und ins eigene Kalkül einzubeziehen. Wie sieht der französische Blick auf die deutsche Politik seit der Zeitenwende also aus?

### Wie blickt Frankreich auf die deutsche Politik?

Seit seiner „Sorbonne-Rede“ 2017 hat Emmanuel Macron ja immer wieder erläutert, dass die EU über deutsch-französische Initiativen und Vorschläge weiterzuentwickeln sei. Doch weder als Olaf Scholz das Sondervermögen für die Bundeswehr ankündigte, noch als er bei seiner Rede in Prag eine europäische Luftabwehr forderte, spielte Frankreich oder die deutsch-französische Beziehung eine Rolle. Auch die Entscheidung zur Umsetzung des Vorschlags (*European Sky Shield Initiative*) durch 15 NATO-Verteidigungsminister fand ohne Frankreich statt. Man befürchtet dort deshalb, dass Deutschland zunehmend den Weg des geringsten Widerstands geht und mit wechselnden und kleineren Partnern seine kurzfristigen nationalen Interessen durchsetzt. Um jedoch EU-weite Politiken als Antworten auf gemeinsame Probleme zu entwickeln, die ein Staat alleine nicht mehr lösen kann, reicht dies nicht aus. Hier ist deutsch-französische Abstimmung gefragt, sowie die Bereitschaft, nicht nur nationale Ansätze zu koordinieren, sondern gemeinschaftliche, europäische Politiken zu entwickeln,



Gemeinsam voran, aber mit Distanz - beim Treffen in Prag

die über gemeinsame Interessen den Zusammenhalt zwischen den Mitgliedstaaten verstärken und die Integration vertiefen.

Stattdessen ist beispielsweise die Energiepolitik seit vielen Jahren durch einen deutsch-französischen Dissens gekennzeichnet. Die Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel hatte den Ausstieg aus der Kernenergie einseitig verkündet, und die in der Konsequenz entwickelten Nord-Stream-Projekte wurden dann gegen massive Bedenken der europäischen Partner durchgesetzt. Dieser Politikstil schien jüngst seine Fortsetzung zu finden, als Spanien und Deutschland ankündigten, eine Gaspipeline durch die Pyrenäen bauen zu wollen. Frankreich, als direkt betroffener Anrainerstaat, überzeugte Spanien und Portugal jedoch sehr schnell, stattdessen eine gemeinsame Pipeline unter dem Mittelmeer zu entwickeln, die in Zukunft grünen Wasserstoff von Barcelona nach Marseille transportieren soll. Diese Konkurrenz unter Partnern wirkt wie ein klassisches Nullsummenspiel, wo es doch darum gehen sollte, einen gemeinsamen Mehrwert für alle Beteiligten durch die Entwicklung einer europäischen Lösung zu finden. Auch bei dem von der deutschen Regierung angekündigten Rettungspaket von 200 Milliarden Euro, das der heimischen Wirtschaft und Bevölkerung zugutekommen soll, bleibt die Frage, ob man nicht ein gemeinsames, europäisches Paket hätte entwickeln können, das den

europäischen Binnenmarkt stützt und die Verbraucher vor zu hohen Gaspreisen schützt. Stattdessen blockiert Deutschland weiterhin die Vorschläge für eine europaweite Regelung.

### Wie wichtig ist die Kritik aus Frankreich?

Aber wie wichtig ist diese Kritik aus Frankreich überhaupt noch? Hält man an der stetigen Vertiefung der europäischen Integration und dem Interessenausgleich mit Frankreich als Grundkonstanten deutscher Außenpolitik seit 1950 fest, muss diese Kritik sehr ernst genommen werden. Sollte sich Deutschland bewusst oder schleichend von diesem außenpolitischen Selbstverständnis verabschieden, hätte dies Konsequenzen für die Stabilität der europäischen Ordnung.

Hinter der Entwicklung der eingangs beschriebenen, hoch institutionalisierten bilateralen deutsch-französischen Zusammenarbeit stand das Bemühen, die Regierungen und Verwaltungen beider Staaten zu einem permanenten Konsultations- und Austauschprozess zu verpflichten. Dieser soll den systematischen Interessenausgleich zwischen Frankreich und Deutschland erleichtern. Überhöht wurde diese bis heute komplizierte Verwaltungskooperation durch das politisch zelebrierte und symbolisch inszenierte Narrativ von der „deutsch-französischen Aussöhnung“. In ihm griffen politische Akteure (allen voran Konrad Adenauer und Charles de Gaulle) zivilgesellschaftlich entwickelte Bemühungen auf und etablierten die enge und besondere deutsch-französische Verbindung als Lehre aus der kriegerischen Vergangenheit.

### Wie mit Interessenkonflikten umgehen?

Dabei bestehen jedoch nach wie vor erhebliche strukturelle Unterschiede zwischen Frankreich und Deutschland. Verbunden mit den sehr intensiven, nicht zuletzt wirtschaftlichen, Beziehungen ergibt sich daraus ein besonderes Konfliktpotential. Ohne permanente Abstimmung ist ein Interessenausgleich deshalb schwierig, Differenzen sind dann die Regel. Und ohne die Bereitschaft, zusätzlich gemeinsam an der Entwicklung des „größeren Ganzen“ der EU zu arbeiten, bleibt es beim Interessenausgleich zwischen zwei Staaten oft bei einem Nullsummenspiel.

Der Interessengegensatz im Herzen der EU und die Notwendigkeit, damit permanent und konstruktiv umzugehen – unter Einbeziehung der

legitimen Sichtweise des Partners – bleibt die wichtigste Einzelbegründung der europäischen Integration. Aus ihr ergibt sich auch die besondere Verantwortung der beiden Gründerstaaten als „Motor der EU“. Sie haben, wegen ihrer Ressourcen und ihres Einflusses, aber gerade auch wegen ihrer Interessenunterschiede, eine besondere Verantwortung, sich permanent abzusprechen und zu koordinieren. Die häufig bemühte „deutsch-französische Konsensmaschine“ und der „deutsch-französische Reflex“ im Verwaltungshandeln sind nicht nur der Gewohnheit aus sechzig Jahren geschuldet. Sie liegen beide im wohlverstandenen Eigeninteresse, im Bewusstsein, dass gegeneinander keine dauerhafte Stabilität in Europa möglich sein wird. Ohne einen bewussten Umgang mit diesem strukturierenden Grundkompromiss wird es der EU nicht gelingen, politische Handlungsfähigkeit zu entwickeln und Antworten auf die Herausforderungen der Zeitenwende zu geben.

Es bleibt zu hoffen, dass die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages sich nicht in Rückschau und Selbstzufriedenheit erschöpfen werden. Neben dem Bekenntnis, die etablierten Instrumente der Koordination in Zukunft wieder bewusster einzusetzen, sollte das Jubiläum insbesondere auch Anlass für einen deutsch-französischen Impuls für europäische Initiativen sein, um substantielle Politiken auf der Gemeinschaftsebene anzustoßen. 🌐

#### Dr. Stefan Seidendorf

geb. 1974, Studium der Geschichte, Romanistik und Politik- und Verwaltungswissenschaften in Tübingen, Aix-en-Provence und Brügge. 2006 in Mannheim in Sozialwissenschaften promoviert. Seit 2014 stellvertr. Direktor des Deutsch-Französischen Instituts (dfi) in Ludwigsburg

[seidendorf@dfi.de](mailto:seidendorf@dfi.de)



# Das Blättchen

Zweiwochenschrift für  
Politik, Kunst und Wirtschaft.

In der Tradition der Weltbühne  
von Siegfried Jacobsohn, Kurt  
Tucholsky und Carl von Ossietzky.

Jeden zweiten Montag auf  
[www.das-blaettchen.de](http://www.das-blaettchen.de)